

Plenarprotokoll 19/35	Turnus 17.10 Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 3/5
	- vg/kr -

Julia Schneider (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Jede Sekunde werden in Berlin fünf Coffee-to-go-Becher weggeworfen. Das sind pro Tag 460 000 Stück. Wenn Sie die aneinanderreihen, ergibt das eine Strecke von 37 Kilometern. Das ist mehr als dreimal der Weg von hier bis zur Müllverbrennungsanlage der BSR in Ruhleben, und das nur durch To-go-Becher. Die gesellen sich dann zu Papptellern, zu Aluminiumboxen und Plastiklöffeln auf dem Gehweg, in Baumscheiben oder im Park. Wir könnten nun sagen: Ist halt so –, aber wir sind ja hier, um das zu ändern!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Deswegen sprechen wir heute über den Antrag zur Einführung einer Verpackungssteuer auf Einweggeschirr. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe Barbara Metz:

Es werden Unmengen an Ressourcen verschwendet, die Klimakrise spitzt sich zu und der öffentliche Raum wird zur Müllhalde.

Der öffentliche Raum als Müllhalde – das können wir nicht hinnehmen. Dagegen brauchen wir Maßnahmen, die funktionieren.

Sehr viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich schon heute für eine saubere Stadt. Allein zum World Cleanup Day am vergangenen Wochenende fanden mehrere Hundert Aktionen in ganz Berlin statt. An zwei Tagen hat die Initiative wirBERLIN über eine Tonne Müll aus den Grünflächen gesammelt – über eine Tonne an zwei Tagen! An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die solche Aufräumaktionen auf die Beine stellen und sich daran beteiligen!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD]

Sie reden nicht nur darüber, sie machen Berlin lebenswert. Ich und bestimmt auch Sie haben Dutzende Cleanups initiiert. Ich bin da mit viel Spaß dabei, aber eigentlich ist mein Ziel, dass Müllsammeln gänzlich überflüssig wird, denn der beste Müll ist der, der gar nicht erst anfällt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Zum 1. Januar 2023 wurde zwar die Mehrwegangebotspflicht bundesweit eingeführt, aber ihre Kontrolle ist eine Mammutaufgabe. Häufig wissen weder Gastronomiebetriebe noch die Konsumentinnen und Konsumenten, dass Mehrwegbehältnisse als umweltfreundliche Alternative zum Einweggeschirr angeboten werden müssen. Die

Plenarprotokoll 19/35 Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus 17.10 Uhr
	Seite 4/5
	- vg/kr -

Mehrwegangebotspflicht ist ein wichtiger Schritt, aber sie reicht offensichtlich nicht. Die Vermüllung des öffentlichen Raums nimmt zu und verursacht im Landeshaushalt von Jahr zu Jahr mehr Entsorgungskosten, von den horrenden Umweltkosten ganz zu schweigen. Übrigens schadet der Müll am meisten denjenigen, die auf öffentliche Aufenthaltsflächen angewiesen sind, weil sie keinen großen Balkon, Garten oder Spielplatz haben. Die Steuer belastet diejenigen nicht, die Mehrweg nutzen. Genau diese politische Steuerung wollen wir erreichen, denn umweltfreundliches Verhalten muss bequemer sein und sollte nicht mehr kosten als die Wegwerfmentalität.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Auch deswegen enthält unser Abfallwirtschaftskonzept, das wir als rot-grün-rote Koalition 2021 verabschiedet haben, die Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer. Diese Steuer bepreist die Nutzung von Wegwerfgeschirr und sorgt dafür, dass Mehrweg zum Standard wird.

In Tübingen hat sich nach Einführung einer solchen kommunalen Steuer das Mehrwegangebot übrigens verzehnfacht, und was Tübingen kann, kann Berlin doch locker, oder?

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Tobias Schulze (LINKE)]

Ein Nebeneffekt der Verpackungssteuer sind kurzfristig zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt, übrigens im dreistelligen Millionenbereich, liebe Koalition. Es gibt also keinen Grund mehr, die Verpackungssteuer nicht zu erheben. Das Bundesverwaltungsgericht hat in Tübingen entschieden, dass eine solche Steuer rechtens ist. Deswegen, lieber Senat, ich sage es mal mit Ihren Worten: Einfach machen, nicht lange warten!

[Zuruf von den GRÜNEN: Einfach mal machen!]

In Berlin haben SPD und CDU im Abgeordnetenhaus sich zuletzt 2015 für eine Verpackungssteuer ausgesprochen. Lieber Kollege Freymark! Liebe Kollegin Vierecke! Ich freue mich, wenn Sie bei dieser Haltung bleiben und wir den Antrag nach der Beratung gemeinsam beschließen, denn es geht hier um eine ganz einfache Maßnahme, um unsere Umgebung von Müll zu befreien. Regieren heißt auch entscheiden – also entscheiden Sie sich für ein sauberes Berlin!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Freymark.